

„Senkung der Produktionssteuern in Frankreich“

Die deutsch-französische Industrie- und Handelskammer gibt die Ergebnisse ihrer ersten Blitzumfrage zur Produktionssteuersenkung bekannt, die zwischen dem 1. und 22. Oktober 2020 unter einer Auswahl ihrer Mitglieder durchgeführt wurde. Zwei Drittel der Befragten sind Industriebetriebe, die zusammen mehr als die Hälfte der Produktion der in Frankreich ansässigen deutschen Industrieunternehmen ausmachen.

Unsere Umfrage zeigt, dass die in Frankreich ansässigen deutschen Unternehmen die von der französischen Regierung im vergangenen September bestätigte Steuersenkung zwar begrüßen, aber im Allgemeinen als unzureichend ansehen, um den Standort Frankreich attraktiver machen und langfristig die Neuindustrialisierung des Landes vorantreiben zu können.

Insbesondere führen die Befragten andere nicht mit Steuern und Sozialabgaben zusammenhängende (und bereits in der halbjährlich durchgeführten Gemeinschaftsstudie mit EY von vergangenem Herbst aufgezeigte) Schwierigkeiten an, die in ihren Augen weiterhin ernsthafte Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes und für ihre eigene Entwicklung auf französischem Boden darstellen.

I. Senkung der Produktionssteuern: eine der wichtigsten Maßnahmen des französischen Konjunkturpakets

Die in diesem Sommer angekündigte und derzeit im Parlament anlässlich des Haushaltsgesetzes 2021 debattierte Senkung der Produktionssteuern um jährlich 10 Mrd. Euro zählt zweifellos zu den Maßnahmen des Konjunkturplans, die sich die Unternehmen am sehnlichsten wünschen.

Die sogenannten „Produktionssteuern“ (hauptsächlich von den Unternehmen zu leistende Solidaritätsabgaben C3S, Wertschöpfungsabgaben CVAE und Grundsteuern) berechnen sich nach dem Umsatz und den Produktionsfaktoren der Unternehmen, sprich Lohn- und Gehaltsaufkommen aber auch Anlagevermögen (worunter insbesondere der Produktionsapparat wie Grundstücke, Fabriken, Maschinen usw. fällt). Somit treffen diese Steuern ganz besonders Industriebetriebe, deren Anlagevermögen zwangsläufig weitaus größer ist als das von Dienstleistungsunternehmen.

Eine weitere Besonderheit der Produktionssteuern im Vergleich beispielsweise zur Körperschaftssteuer besteht darin, dass sie unabhängig vom Gewinn erhoben werden. So haben Unternehmen mit sehr hohen Margen und solche, die Verluste machen, bei vergleichbarem Umsatz, Anlagevermögen, Lohn- und Gehaltsaufkommen die gleichen Steuerbeträge abzuführen.

Aus diesen zwei Gründen bezeichnen Experten die Produktionssteuern regelmäßig als wettbewerbshinderlich in Ländern, in denen sie am höchsten sind, und als besonders nachteilig für große Industrieländer. Doch wie der französische Rat für Wirtschaftsanalyse erst kürzlich in Erinnerung rief, ist Frankreich (mit Ausnahme von Griechenland) das Land Europas mit den höchsten Produktionssteuern.

Mit 72 Mrd. Euro im Jahr 2018 (ergo das Sechs- bis Achtfache im Vergleich zu Deutschland) machen sie 3,7% der Wertschöpfung der französischen Unternehmen aus (im Vergleich zu 0,7% in Deutschland).

Folglich zielt die von Präsident Macron bereits 2017 angestrebte Senkung der Produktionssteuern darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industriestruktur, aber auch die Neuindustrialisierung Frankreichs zu stimulieren – zumal diese Problematik durch die COVID-19-Krise, die große Schwachstellen in den Lieferketten ans Licht brachte, neuen Aufwind erhielt.

II. Eine willkommene und zugleich unzureichende Reform in den Augen deutscher Unternehmen mit Niederlassungen in Frankreich

Es überrascht nicht, dass die Produktionssteuersenkung von allen Befragten positiv aufgenommen wird und die allgemeine optimistische Stimmung deutscher Unternehmer in Frankreich bestärken dürfte, wie aus der halbjährlich durchgeführten Gemeinschaftsstudie der Kammer mit EY von verganginem Herbst eindeutig hervorgeht. Über 90% der Befragten sehen in dieser Maßnahme einen gelungenen Anreiz zur Aufrechterhaltung ihrer Geschäftstätigkeit in Frankreich und die Mehrheit bezeichnet diese Steuersenkung als einen „ersten Schritt“ in die „richtige Richtung“.

Doch als „game-changing“ werden die Gewinne aus dieser Steuererleichterung von den Befragten zum jetzigen Zeitpunkt nicht angesehen. Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die angekündigte Senkung der Produktionssteuern ihres Erachtens keine ausreichende Maßnahme ist, um eine signifikante Verbesserung der Situation zu bewirken. Zwar steigt der Anteil der Befragten, die nach Berücksichtigung dieser Steuersenkung die Attraktivität Frankreichs als überdurchschnittlich hoch einstufen, leicht an: von 64% vor der Reform auf 71% nach der Reform. Doch 85% der befragten Unternehmen glauben, dass die Produktionssteuersenkung keine langfristige Neuindustrialisierung Frankreichs ermöglichen wird.

So meinen fast 60% der Befragten, dass die angekündigte Produktionssteuersenkung in ihrer jetzigen Form für sie keinen Anreiz darstellt, ihre Geschäftstätigkeit in Frankreich weiter auszubauen.

Sicherlich mag bei manchen die Tatsache eine wichtige Rolle spielen, dass selbst nach der Reform die Produktionssteuern in Frankreich weiterhin deutlich über dem Niveau in Deutschland (und den anderen Ländern Europas) liegen. Springender Punkt jedoch ist: Die meisten der Befragten (auch aus dem Industriesektor) sind in der Tat der Auffassung, dass die Höhe der Produktionssteuern ihre Investitionsentscheidungen nicht wesentlich beeinflusst und relativieren damit die Rolle, die eine Senkung dieser Steuern dabei spielt, den französischen Herausforderungen der Wettbewerbsfähigkeit und Neuindustrialisierung wirksam zu begegnen.

Die von der Kammer befragten, in Frankreich ansässigen deutschen Unternehmen sind natürlich kostenbewusst, führen aber nicht allein finanzielle Aspekte, sondern gerne auch andere Hürden an. „Schwerfälliger Verwaltungsapparat“, „allzu rigide Vorschriften“ und eine gewisse „mangelnde Flexibilität hinsichtlich der Personalverwaltung aufgrund übermäßiger Bürokratie“ sind die am häufigsten genannten Hemmschuhe, die der Wettbewerbsfähigkeit des Produktionsstandorts Frankreich besonders schaden.

Aus diesen Gründen hält es die Kammer für sinnvoll, dass die französische öffentliche Hand ihre Bemühungen fortsetzt, um Frankreich als Standort attraktiver zu machen, indem sie zum einen die Produktionssteuern weiter senkt und zum anderen die Verringerung der Auflagenlast und des Verwaltungsaufwands für Unternehmen in Angriff nimmt.